

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib
Tageblatt Riesfa.
Ferner Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Tresden 1580.
Verleger:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 145.

Mittwoch, 25. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteuern, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Willigster Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Götterstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. B. F. Teichgräber, Riesfa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

Brüning und die Parteien.

Durch die Forderungen der Deutschen Volkspartei zum Finanzprogramm ist die Frage der Mehrheit des Kabinetts Brüning im Reichstag wieder einmal akut geworden. Die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen die Finanzpolitik des Reiches müssen als durchaus ernst angesehen werden. Was die Volkspartei will, ist eine durchgreifende Finanzsanierung schon im jetzigen Augenblick, wogegen der Reichskanzler die grundlegenden Entscheidungen bis zum Herbst vertagen möchte. Natürlich spielt in alle die Dinge auch die Neubesetzung des Finanzministeriums hinein. Die Rotoper-Vollität, deren Ursprung man immer mehr in den Kreisen des Zentrums vermutet, wird übrigens nicht nur von der Deutschen Volkspartei, sondern auch von den Demokraten bekämpft. Das dürfte auch der Grund sein, weshalb die demokratische Reichstagsfraktion ihre schweren Bedenken gegen eine Kandidatur Dietrich für das Finanzministerium geäußert hat. Dietrich würde jedenfalls im Kabinetts Brüning nur sozusagen als Fachminister, nicht aber als Verantwortlicher seiner Fraktion gelten.

Ebenso wie die Deutsche Volkspartei sind auch die Deutschnationalen der Auffassung, daß jetzt etwas Durchgreifendes für die Sanierung der Finanzen getan werden müsse. Zwischen Vertretern der Regierungsparteien und der Deutschnationalen ist bereits über das Finanzprogramm Fühlung genommen worden. Die Deutschnationalen lehnen das Rotoper ab und vertreten die Auffassung, daß andere Einnahmen für das Reich geschaffen werden müssen. So ist beispielsweise der Gedanke erörtert worden, die Umlagsteuer auch auf die ersten Umläge von Importwaren auszuweiten, wodurch eine Mehreinnahme von 80 bis 70 Millionen Mark errechnet wird. Vielleicht glauben die Deutschnationalen, daß auf diesem Wege wenigstens ein kleiner Teil des Drogenbergens Programmes der Abwälzung der Reparationen verwirklicht werden könne. Außerdem ist die Schaffung eines Monopols für Südröhre zur Erörterung gestellt worden. Im übrigen sind auch die Deutschnationalen der Auffassung, daß die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und die Reform der Krankenversicherung erfolgen müßten. Für die Arbeitslosenversicherung wollen sie eine Beengung der Leistungen auf eine Durchschnittsziffer von 1,6 Millionen, während ein katastrophenartiges Anwachsen der Arbeitslosen durch allgemeine Fürsorge-maßnahmen bekämpft werden soll. Damit ist selbstverständlich die Finanzfrage auch noch nicht gelöst.

Gefopptes Indien.

Indien bekommt nunmehr eine Verfassungsreform. Eine Reform, über die die Empirepolitiker sich schon längst die Hände reiben und die ganz Indien in helle Empörung versetzt. Die indische Regierung wird dezentralisiert; es wird eine provinzielle Autonomie geschaffen, mit deren Hilfe England eine Regierung gegen die andere auspielen kann. Das Wahlrecht wird auf zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausgedehnt! Die Kontrolle über die Armee in Indien wird der Regierung von Indien entzogen und auf eine englische Behörde übertragen. So schlägt der Simonbericht vor.

Wenn England glaubt, durch derartige Maßnahmen die kochende Volksseele in Indien zu beruhigen, so hat es sich damit, wie wahrscheinlich mit seiner ganzen Empirepolitik gründlich geirrt. Alle Meldungen aus Indien bestätigen, daß der Simonbericht nicht nur von den Nationalisten, sondern auch von den Liberalen allgemein verurteilt wird. Führende Persönlichkeiten der Hindus, der Mohammedaner und der Sikhs bekunden ihre Unzufriedenheit. Dem Sonderkorrespondenten des Daily Herald in Bombay zufolge wird von Führern aller Parteien Beschwerde darüber geführt, daß die in dem Bericht vorgeschlagene Autonomie der Provinzen nur eine Scheinautonomie sei, daß die Machtbefugnisse des Vizekönigs und der Gouverneure tatsächlich noch vergrößert worden seien, daß der Bericht die ohnehin unzulängliche fiskalische Selbstständigkeit Indiens aufheben drohe und die Indisierung der Armee in eine ferne Zukunft verschoben werde, und endlich, daß die Zentralregierung zu einer Autokratie gemacht werde und nicht einmal dem mächtigen Einfluß des Staatssekretärs unterworfen, sondern dem Vizekönig völlig untergeordnet sei.

Adolph Ochs über die Stimmung in Europa.

New York. (Funkdruck.) Der Verleger der New York Times, Adolph Ochs, ist von seiner Europareise zurückgekehrt und erklärte bei seiner Ankunft Pressevertretern gegenüber, das amerikanische Volk scheine sich nicht der ersten Bereitwilligkeit bewußt zu sein, die in Europa namentlich gegenüber dem Tarifpolitik der Vereinigten Staaten zutage trete. Unmittelbar nach dem Weltkrieg habe sich Europa in einer freundlicheren Stimmung gegenüber Amerika befunden. Diese Stimmung mache aber jetzt einem stärkeren Selbstbewußtsein Platz. Ochs hob besonders den wirtschaftlichen Fortschritt hervor, den Deutschland in der letzten Zeit gemacht habe und der auch in einer Festigung der Stellung Deutschlands im Weltmarkt seinen Ausdruck finden werde.

Vertagung der Entscheidung auf Freitag.

Freitag Bekanntgabe der Kabinettsbeschlüsse

Berlin, 25. Juni.

Das Reichskabinetts beriet gestern bis in die Nachtstunden hinein unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning über die gesamte politische Lage. Die Verhandlungen werden heute nachmittags zum Abschluß gebracht. Am Donnerstagfrüh wies sich der Reichskanzler zum Reichspräsidenten nach Neudorf begeben, um über die Beschlüsse des Kabinetts Bericht zu erstatten. Nach Rückkehr des Reichskanzlers wird dann am Freitag das Reichskabinetts seine Entscheidungen bekanntgeben.

Das neue Reichsfinanzprogramm.

* Berlin. Das Reichskabinetts taste gestern abend 8 Uhr, um sich über das Finanzprogramm an verständigen, das der bisherige Wirtschaftsminister Dietrich, den man jetzt allgemein als den kommenden Finanzminister erwartet, durchführen will. Um 11 Uhr abends dauerte die Sitzung noch an. Das Programm dürfte ungefähr folgendermaßen ausfallen:

Ein Rotoper für die Beamten, das die kleinen Einkommen bis zu 2000 Mt. freiläßt, und außerdem je nach der Höhe auf 2 bis 3%, gestaffelt ist. Für die übrigen Einkommen erwartet man einen etwa 10%igen Aufschlag zur Einkommensteuer. Dazu kommen die Verbleibenden und die Verzehrfsteuer. In die Stelle der Verzehrfsteuer will der Vorschlag der Deutschen Volkspartei die bereits früher viel erörterte Bürgerabgabe setzen, die von jedem Wahlberechtigten in Höhe v. etwa 5 bis 9 Mt. jährlich erhoben werden soll, deren Aufkommen man mit etwa 200 Millionen Mt. berechnet. Außerdem setzt die Volkspartei den Erparnisabsichten des Dietrich'schen Programms, das etwa 100 bis 120 Millionen Abträge am Etat vorsieht, die Forderung auf eine fünfprozentige Einfuhrsteuer am Gesamtetat entgegen, die etwa eine halbe Milliarde erbringen soll. Ob die Volkspartei mit ihren Forderungen durchkommt, ist vorläufig noch sehr zweifelhaft. Jedenfalls haben die bisherigen Verhandlungen zwischen Dr. Scholz und dem Kanzler noch keine Anhaltspunkte für eine nahe Verständigung ergeben. Der Gegensatz zwischen dem Kabinetts und der Deutschen Volkspartei besteht vielmehr unverändert fort. Unter diesen Umständen sieht man dem Ergebnis der heutigen Kabinettsitzung und der parlamentarischen Entwicklung der nächsten Tage mit erheblicher Spannung entgegen.

Das Finanzprogramm der Volkspartei.

Berlin. Wie die DZJ. mitteilt, enthält das Schreiben, das Reichsminister Dr. Scholz im Auftrage seiner Partei Dienstag abend dem Reichskanzler Dr. Brüning unterbreitete, folgende Einzelvorschläge:

Erparnisse und Ausgabenentlastungen in Höhe von zusammen etwa 200 Millionen, nämlich 125 Millionen Abträge an den Sachausgaben des Etats und 5 Prozent Herabsetzung der Länderüberweisungen. Erhebliche Mittel, nämlich eine Summe von weit über 100 Millionen, sollen durch Besteuerung der öffentlichen Betriebe erschlossen werden.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung wird die Durchführung der Vorschläge des Vorstandes empfohlen, also die lediglich halbrozentige Beitragserhöhung unter dem Druck der geplanten Reformen. Sollte die Deckung nicht ausreichen, so sollen in einem Nachtragsetat im Herbst neue Mittel angefordert werden. Hier ist die Möglichkeit eingeräumt, etwa eine weitere halbrozentige Beitragserhöhung vorzunehmen.

Eine Reihe weiterer von den Wirtschaftsverbänden schon vorgeschlagener Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuererhöhung und der Verwaltung soll etwa 80 Millionen erbringen.

Auf jeden Fall soll dafür gesorgt werden, daß die Versicherungspflichtigen noch im Laufe des Etatsjahres durch Herabsetzung der Krankenversicherungsbeiträge eine gewisse Entlastung erfahren. Außerdem soll die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung bis zum 31. März nächsten Jahres befristet werden.

Wesentlicher Punkt des vorkparteilichen Programms ist die Aufforderung an die Reichsregierung, auf eine allgemeine Senkung des Lohns und Preisniveaus hinzuwirken, und zwar durch Ankurbelung der Wirtschaft, Belebung des

Arbeitsmarktes und durch Senkung der Personallöhne im Reich, Ländern und Gemeinden.

Das Schreiben schließt mit der ausdrücklichen Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei Steuererhöhungen oder gar eine einseitige Belastung einzelner Volksschichten mitmachen könne, solange die von ihr aufgezählten Möglichkeiten zur Erzielung anderer Einnahmen und zur Durchführung energischer Erparnisse nicht besprochen seien.

Das Programm ist so bemessen, daß es dem Reich etwa 600 Millionen an neuen Einnahmen bezw. an Erparnissen sichern soll.

Das Zentrum zur politischen Lage.

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte sich gestern mit der gegenpolitischen Lage, wie sie durch den Rücktritt Goldbauers entstanden ist. Besonders kritisiert wurde in der Debatte das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Ihr Verhalten, nämlich einmal die Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf parlamentarischem Wege vorzunehmen und alles andere auf dem Herbst zu verschieben, wurde nicht nur durch den Kanzler, sondern auch durch die Fraktion energisch zurückgewiesen. Man war der Ansicht, daß, wenn auch auf der einen Seite alle parlamentarischen Mittel und Wege zur gezielten Sanierung der Finanzen gegangen werden müßten, es doch schon heute von dem Kabinetts Brüning abgelehnt werden müsse, mit den Parteien weiter zu verhandeln. Sollte es dem Kanzler nicht gelingen, eine Mehrheit für seine Deckungspläne zu erhalten und er legte Endes an dem verfassungsmäßigen Mittel greifen müsse, so werde die Fraktion sich voll und ganz hinter den Kanzler stellen, sei es nun, daß der Kanzler die Vorlagen durch ein Ermächtigungsgesetz durchzubringen verucht, sei es, daß er auf den Artikel 48 zurückgreift. Was das Rotoper anlangt, so fand die Meinung, die schon durch die Presse gelangt ist, Bestätigung, daß man entsprechend den von Minister Dietrich vertretenen Vorschlägen an eine Herabsetzung des Rotopers herangehen will, und zwar durch die Staffelung auf 2%, statt 4 Prozent. Dafür soll eine allgemeine Herabsetzung der hohen Einkommen durch Erhöhung der Einkommensteuer um 8 bis 10 Prozent für Einkommen über 8400 Mark erfolgen. In fähernden Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß es der Taktik Brüning's doch noch schließlich gelingt, Deutschland aus der Finanznot herauszubekommen.

Beschürfte Kritik.

* Berlin. Unter der Ueberschrift: "Beschürfte Kritik" schreibt die "Germania" zu den letzten Verhandlungen um das Deckungsprogramm und der Erklärung der Deutschen Volkspartei, daß sie auf ihren bisherigen Standpunkt beharre, u. a.: Durch alle diese Vorgänge habe die Krise der deutschen Finanzpolitik eine außerordentliche Verschärfung erfahren und wenn nicht unterbügelt und mit aller Konsequenz gehandelt werde, dann bestehe die Gefahr, daß man in naher Zukunft von einer Krise der deutschen Politik überhaupt sprechen könne. Das Kabinetts sei sich dieser Gefahr bewußt. Es sei zum Handeln entschlossen und man dürfe annehmen, daß seine gestrige Sitzung in erster Linie dazu bestimmt gewesen sei, den Weg und die Methode dieses Handelns festzulegen. Wenn die Volkspartei aus der Regierung ausscheiden wolle, dann werde das Kabinetts dies hinnehmen müssen, ohne außer Fassung zu geraten. Denkbar sei durchaus eine Regierung, die sich auch hierdurch nicht davon abhalten lasse, das zu tun, was im Interesse des Staates und der Ordnung unermittelbar sei. Die Regierung habe eine Aufgabe, die erfüllt werden müsse. Wären die parlamentarischen Verhältnisse in Reichstag und Reichsrat auch noch so schwierig liegen. Wenn jetzt zur Durchführung dieser Aufgabe die Frage eines Ermächtigungsgesetzes und auch die Anwendung des Artikels 18 erwogen werde, so darf man nur hoffen, daß uns dieser Weg erspart bleibe, daß er mit all seinen Konsequenzen sorgfältig geprüft und keine Möglichkeit außer acht gelassen werde, die uns die Anwendung allerley Mittel erspare. Jedenfalls aber bestehe die dringende Notwendigkeit, sehr schnelle einschneidende Beschlüsse zu treffen und es läge im allgemeinen Interesse, wenn das Parlament sich ihnen nicht verlagen würde.

Die Rheinlanddrümmung.

* Wiesbaden. Nach einer Mitteilung der Reichs-normögensverwaltung sind bis heute die Orte Oppenheim, Althaus, Frankfurt/Main, Höchst, Oberheim, Dorn, Lärz, Mühl, Birkfeld, Althaus, Dingen und Worms von Besatzungstruppen, Gendarmen und Sicherheitspolizisten vollständig frei geworden.

Briand erklärt:

Ende Juni vollständige Räumung.

* Paris. Außenminister Briand empfing den Oberbefehlshaber der Rheinarmee, Guillaumat, der über den Stand der Räumungsarbeiten berichtete. Nach der Unterredung erklärte Briand, daß die Räumung Ende des Monats vollständig durchgeführt sein werde.